



BID kritisiert Entwurf zum Klimaschutzgesetz:

Ein Stochern im Nebel

Berlin, 11. April 2019 – Am morgigen Freitag findet die achte Sitzung des Aktionsbündnisses Klimaschutz statt. Im Vorfeld äußert sich die BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland kritisch zu den Vorschlägen des Bundesumweltministeriums für ein Klimaschutzgesetz.

Die BID kritisiert, dass der Gesetzentwurf aus sektorenweisen Jahreszielen sowie Absichtserklärungen bestehe, wesentliche Aussagen zu den mittelbaren gesellschaftlichen Folgen und vor allem Kosten der Maßnahmen jedoch fehlen. „Es mangelt an Transparenz. Es ist ein unbestimmtes Gesetz zu Lasten Dritter. Niemand will eine Katze im Sack kaufen“, sagt Jürgen Michael Schick, Präsident des Immobilienverbandes IVD, derzeit geschäftsführender Verband der BID.

Im Gesetzentwurf des Bundesumweltministeriums ist eine Verabschiedung von Sofort- und Maßnahmenprogrammen durch die Bundesregierung angelegt. Allerdings ergibt sich laut Gesetzesbegründung der Erfüllungsaufwand durch Bürger und Wirtschaft erst auf der Grundlage von Umsetzungsgesetzen, die die fachlich zuständigen Bundesministerien erst noch erarbeiten müssen. „Wie diese Umsetzungsgesetze aussehen werden, welche Maßnahmen enthalten und welche Kosten zu erwarten sind, ist derzeit überhaupt nicht absehbar. Das ist ein Stochern im Nebel“, so Schick. Die BID erwarte ein verlässliches und konkretes Klimaschutzgesetz, auf das sich die Immobilienwirtschaft entsprechend einstellen kann und das den Weg aufzeigt, wie die Vermeidung von CO₂-Emissionen zur gesellschaftlichen Zielgröße wird. Dazu sind Transparenz über CO₂-Emissionen und die Kosten zu ihrer Vermeidung sowie eine Ausrichtung von Förderung und gesetzlichen Anforderungen an der Vermeidung von CO₂-Emissionen nötig.

Schick erinnert daran, dass die BID zahlreiche klimapolitische Vorschläge für den Gebäudesektor im Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen vorgelegt habe, von denen leider viele als politisch nicht umsetzbar eingeschätzt wurden. Zudem wäre die gesellschaftliche Diskussion in einer Gebäudekommission unter Einbindung von Fachleuten aus der Branche sinnvoll gewesen. Die BID bedauert, dass die Bundesregierung diese Kommission für unnötig hält. Irritiert zeigen sich die BID-Verbände auch

BID
Bundesarbeitsgemeinschaft
Immobilienwirtschaft
Deutschland

c/o Immobilienverband IVD
Littenstraße 10
10179 Berlin

www.bid.info

Pressekontakt:
Heiko Senebald
Leiter Kommunikation beim IVD

Tel.: 030 / 27 57 26 - 15
heiko.senebald@ivd.net

Die Mitglieder der BID:

BFW Bundesverband
Freier Immobilien- und
Wohnungsunternehmen

DDIV Dachverband Deutscher
Immobilienverwalter

GdW Bundesverband deutscher
Wohnungs- und
Immobilienunternehmen

IVD Immobilienverband Deutschland
Bundesverband der
Immobilienberater, Makler, Verwalter
und Sachverständigen

vdP Verband deutscher
Pfandbriefbanken

ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss

darüber, dass die Fortsetzung der Innovationspartnerschaft derzeit ungeklärt ist. Das Format habe sich als konzentrierte und ergebnisorientierte Dialogform bewährt. Die wichtige Frage des Klimaschutzes werde nun auf eine unpräzise Ebene gehoben. Das sei ein Fehler.

Über die BID

In der BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland arbeiten die Verbände BFW, DDIV, GdW, IVD, vdp, und ZIA zusammen, um mit gebündelten Kräften gemeinsam inhaltliche Positionen effektiver in der Öffentlichkeit zu vertreten. Mit der BID steht der Politik und anderen Wirtschaftszweigen sowie weiteren Verbänden ein unterstützender und durchsetzungsfähiger immobilienwirtschaftlicher Partner zur Seite. Weitere Informationen über die BID finden Sie im Internet unter www.bid.info